

## Antrag

des Abgeordneten Hansjörg Müller

### Aufhebung der Sanktionen gegen Russland – Die deutsche Wirtschaft stärken!

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Verhängung von Sanktionen, insbesondere Wirtschaftssanktionen, ist für außenpolitische Entscheidungsträger, dem Sanktionssender, ein Instrument, um zwischen diplomatischen Protestnoten<sup>1</sup> und dem Einsatz militärischer Gewalt die Durchsetzung seiner Forderungen gegenüber dem Sanktionsempfänger, bei dem es sich um ein Land, eine Organisation und Waren handeln kann, zu erreichen.

Die Abwägung aller möglichen diplomatischen Maßnahmen haben die Entscheidungsträger der Bundesregierung und somit die Bundeskanzlerin selbst dazu bewogen, Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation im Jahre 2014 wegen der vorgenommenen Eingliederung der Schwarzmeerhalbinsel Krim und der Hafenstadt Sewastopol zu verhängen.

Die Sanktionen gegen die Russische Föderation als Sanktionsempfänger haben gezeigt, dass die direkten und indirekten Wirkungen nach nunmehr sechs Jahren aktiver Sanktionspolitik zu keiner Zielerreichung in Form einer beabsichtigten Verhaltens- oder Meinungsänderung der Russischen Föderation in der Krim-Frage geführt haben und führen werden. Stattdessen wurden aufgrund der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland die bestehenden Abhängigkeiten zwischen beiden Ländern offensichtlich. Es muss in Betracht gezogen werden, dass es von Anfang an auch das Ziel der USA war, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Russischen Föderation zu belasten, sofern die USA die ursprüngliche Sanktionsentscheidung mit Druck auf Europa forcierten, was US-Vizepräsident Biden 2014 in einer Rede klar erklärte.<sup>2,3</sup> Im Ergebnis führten die Sanktionen zu einer

---

<sup>1</sup> Lohmann, Sascha; Sanktionen in den internationalen Beziehungen, Weatherhead Center for International Affairs, Harvard University veröffentlicht in der Bundeszentrale für politische Bildung; 31.08.2018; Seite 3ff.

<sup>2</sup> Bidens Rede vor der John F. Kennedy School of Government 2014:  
<https://www.youtube.com/watch?v=ZDRBzk0ITVY>

<sup>3</sup> Der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) legte dieses Ziel der USA hinter den Sanktionen auch deutlich dar: <https://www.diepresse.com/5260004/leitl-europa-darf-sich-us-sanktionen-nicht-gefallen-lassen>

Schwächung der Wirtschaft unseres Landes durch die eigene Beschränkung der Industrie, in die Russische Föderation exportieren zu können (Jahr 2013: 35.801.599 TEuro, Jahr 2014: 29.223.440 TEuro, Jahr 2015: 21.647.367 TEuro)<sup>4</sup> Diese Sanktionen schwächen also neben Russland auch einen wichtigen Wirtschaftskonkurrenten der USA – die Bundesrepublik Deutschland – nachhaltig.

Die Folge waren eine Reihe von Unternehmensinsolvenzen im Bereich Maschinen- und Anlagenbau. Untersuchungen der Universität Bremen und Leipzig bezifferten in einer Modellrechnung<sup>5</sup> den Verlust an Arbeitsplätzen auf mindestens 60.000 Beschäftigte.

Daher sind die Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation weder im wirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik noch offensichtlich in der Lage, das – zumindest so öffentlich kommunizierte – politische Ziel zu erreichen: das Einlenken der Russischen Föderation in der Ukraine-Frage. Dies macht die Sanktionen somit de facto ineffizient und ineffektiv.

Die USA mutieren wirtschaftspolitisch in diversen Bereichen zu einem Gegenspieler der Bundesrepublik: Einfuhrzölle die teilweise direkt gegen den Deutschen Außenhandel gerichtet sind, die Blockade in der WTO, die Einmischung in die Energiepolitik des Industriestandortes Deutschland (u.a. Nord-Stream-2), Schikane beim Diesel, der Automobil- und Pharmaindustrie, Handelskonfrontationen im Flugzeugbau und bei Wehrgütern, die Gewinnextraktionen aus der EU im Digitalsektor und entsprechende Fiskaldebatten sind hier nur exemplarisch zu nennen. Entweder die Vorgehensweisen der USA sind direkt und offen auf Konfrontation angelegt oder er werden indirekte Wege gesucht, hier die deutschen Zugpferde zu schwächen.

Aus diesem Grund dürfen wir auch nicht die wirtschaftspolitischen Pläne und Ziele der USA durch Russland-Sanktionen für die deutsche Wirtschaft unterstützen, sofern uns das Wohl der eigenen Wirtschaft am Herzen liegt und wir sie als starken und fairen Konkurrenten zu den USA erhalten wollen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Im Europäischen Rat für die sofortige Beendigung der Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation einzutreten und anzuerkennen, das die bisherige Sanktionspolitik nicht zum angestrebten Ziel geführt hat und keine gleichwertige Antwort auf die Eingliederung der Schwarzmeerhalbinsel Krim und der Hafenstadt Sewastopol in die Russische Föderation darstellt.

Berlin, den 25.09.2019

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

---

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020, Außenhandel, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, Zeitreihe 2010 bis 2019

<sup>5</sup> Günther, Jutta; Kristalova, Maria; Ludwig, Udo; Folgen der Sanktionen zwischen der EU und Russland für die deutsche Wirtschaft, Wirtschaftsdienst 2016, Nr. 7; Seite 524ff.

## Begründung

Die Verhängung von Sanktionen gegen Länder, Waren und Organisationen ist seit dem Jahre 2000 stark angestiegen. Aktuell werden weltweit etwa 39 Sanktionen gegen Länder, Waren und Organisationen aufrechterhalten. Die USA und die EU haben zusammen 24 Sanktionen verhängt, die UN ist zusammen mit den USA und der EU an weiteren 15 Sanktionsprogrammen gegen Länder, Waren und Organisationen beteiligt.<sup>6</sup>

Die Laufzeit von Sanktionen ist in den meisten Fällen nicht beschränkt, kann aber auch bei einer vorhandenen zeitlichen Beschränkung temporär immer weiter verlängert werden. Ein Ende findet die Sanktionierung, wenn der Sanktionsempfänger sich in seinem Verhalten und in seiner Meinung dem Sanktionssender anpasst. Eine Art Belohnung erfährt er in dem Maße, dass mit der Beendigung der Sanktion der Sanktionsempfänger wieder in vollem Umfang in der weltweiten Wirtschaftsgemeinschaft agieren und folglich ungehindert seinen Geschäften nachgehen kann. Das Instrument der Sanktionierung zeigt jedoch, dass es schwierig ist, den beabsichtigten Lenkungseffekt beim Sanktionsempfänger herbeizuführen.

Die Laufzeit der bestehenden weltweiten Sanktionen zeigen, dass Sanktionsempfänger wirtschaftliche Einschränkungen durch den Sanktionssender über Jahrzehnte in Kauf nehmen. Die beabsichtigte herbeizuführende Verhaltens- bzw. Meinungsänderung wird beim Sanktionsempfänger nicht vollzogen und führt in der Regel zu einer Verhärtung der sich gegenüberstehenden Positionen. In der Folge führt dies sowohl beim Sanktionssender als auch beim Sanktionsempfänger zu einem wirtschaftlichen Nachteil. Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Nachteils sind ausgehend von den bestehenden Abhängigkeiten zwischen dem Sanktionssender und den Sanktionsgeber unterschiedlich zu bewerten. Der Sanktionssender kann aufgrund seiner politischen Ausrichtung gesellschaftlich einen Vorteil erlangen und zugleich wirtschaftlich durch die eigene Beschränkung zu einem Markt einen Nachteil für sich erlangen. Wohingegen der Sanktionsempfänger den Ausfall der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Sanktionssender dazu nutzen kann, notwendige Strukturreformen anzustoßen, die einem Umbau der Wirtschaft vorsehen, mit dem Ergebnis, einen gewissen Grad an Unabhängigkeit und Diversifizierung der Lieferketten zu erreichen.

Deutschland ist mit der Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation zusammen mit der EU als Sanktionssender einzuordnen. Die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, die als stärkste Exportnation Europas auf alle Märkte in der Welt angewiesen ist, wird nur Nachteile aus einer unangemessenen langen Sanktionierung für sich erzielen können. So erklärte bereits Prof. Gabriel Felbermayr, PhD., Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in 2019:

*„Deutschland allein wird wenig ausrichten. Ohne eine breite Koalition bleiben uns nur Kosten durch geplatzte oder nicht zustande kommende Geschäfte. Die durch deutsche Sanktionen belegten russische Individuen oder Firmen können alle zu leicht ausweichen; das Geschäft mit ihnen machen dann nicht deutsche Unternehmer, sondern ausländische, zum Beispiel China oder aus osteuropäischen Ländern, die traditionell die Nähe Russlands suchen. ...“<sup>7</sup>*

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung in Wien nahm zur Sanktionspolitik im Jahre 2017 wie folgt Stellung:

*„In den Jahren 2014 – 2017 brachen die EU-Exporte nach Russland um jährlich 15,7 Prozent ein. Bis zu 40 Prozent dieses Rückganges sind auf die Sanktionen zurückzuführen. Russland-Sanktionen kosteten die EU-Länder insgesamt 30 Milliarden Euro. Die absoluten sanktionsinduzierten Exportverluste Deutschlands waren die höchsten und lagen EUR 11,14 Mrd. über dem EU-Durchschnitt für 2014 – 2016.“*

<sup>6</sup> Masters, Jonathan; Council on Foreign Relations, <https://www.cfr.org/backgrounder/what-are-economic-sanctions>; 12. August 2019

<sup>7</sup> <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/das-ifw-in-den-medien/2020/09/wenn-sanktionen-muss-man-kraftvoll-zulangen/>

Der Profiteur der verhängten Wirtschaftssanktionen sind global betrachtet die USA, welche über eine komplexe Handelsstruktur ihre Waren auf verschiedenen Handelswegen anstelle der Bundesrepublik Deutschland nach Russland exportieren. Eine Schwächung des Wirtschaftskonkurrenten Deutschland scheint eine aktive Strategie der USA zu sein. So zeigen die USA augenscheinlich eine koordinierte Strategie gegen wichtige Interessen Deutschlands als Industrie- und Exportnation: Energieversorgung, Diesel, Automobil, WTO, Mittelstand, Rüstungsgüter und Teile des Außenhandels sind hier seit 2015 exemplarisch zu nennen. Sofern es aus Sicht der USA also möglich ist, Russland geopolitisch zu schwächen und gleichzeitig dem Wirtschaftsstandort Deutschland Schaden zuzufügen, könnten Wirtschaftssanktionen gegen Russland ein in doppelter Hinsicht lohnendes Projekt für die USA sein, naturgemäß aber nicht für die Bundesrepublik, deren Wohlergehen aber im Sinne des Bundestages liegen muss.

Zudem ist der Westen an den Missständen in der Ukraine im Wesentlichen auch mitverantwortlich, wo eine undurchdachte Einfluss- und Wirtschaftspolitik der EU und NATO in der Dekade vor 2013 eine russische Reaktion geradezu provozierte – ein Umstand, der in Brüssel ein offenes Geheimnis ist.<sup>8</sup> Es ist eher an der Zeit, den Status quo zu akzeptieren und Vorsorgen zu treffen, dass solche Resultate, weder durch die Aktionen der Russischen Föderation, noch durch provokatives westliches Einmischen in Gebiete mit ökonomischer oder sicherheitspolitischer Relevanz für die Russische Föderation noch einmal entstehen. Im gleichen Sinne ist durch den Bundestag auch keine US-Wirtschaftspolitik zu unterstützen, wenn diese indirekt gegen deutsche Wirtschaftsinteressen gerichtet ist.

---

<sup>8</sup> <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2014/nr-22-992014/warum-der-westen-an-der-ukraine-krise-schuld-ist.html>